

Bedrohte Personen
Was es braucht, um einen US-Präsidenten vor einem Attentat zu schützen. 2

Chinesische Hilfe
Die Finanzierung der Güter-Metro durch die Schweiz ist nicht länger Utopie. 6

Tierische Freunde
Dumpfbacke oder schlau? Wie man die Intelligenz bei Hunden misst. 29



Luigi Di Maio
Der Chef der Protestpartei Cinque Stelle opfert Prinzipien - vor den Wahlen. 4

Anzeige

Hüsler Nest
Sonderverkauf

11. bis 27. Januar

Hüsler Nest Thun

Untere Hauptgasse 23

Tel. 033 222 35 75 | www.jenniag.ch

Der Bund

AZ 3000 Bern 1

Mittwoch, 24. Januar 2018 – 169. Jahrgang, Nr. 19 – Fr. 4.20 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Zum WEF-Start zettelt Trump einen Streit an

In der Nacht auf Dienstag hat Donald Trump hohe Zölle gegen Hersteller von Solaranlagen und Waschmaschinen aus China und Südkorea beschlossen. Dass der US-Präsident solche Beschlüsse ausgerechnet kurz vor seinem geplanten Besuch am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos fasst, ist dort nicht gut angekommen. Freihandel und Globalisierung gehören zu den grossen Anliegen der im Bergdorf versammelten Elite. Besorgt zeigten sich etwa die französische Ökonomin Hélène Rey, Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stigliz. (bwi) – *Kommentar rechts, Berichte Seiten 9 und 10*

Heute im «Bund»

AKW Kritik am Bundesrat

Anwohner des AKW Beznau werfen dem Bundesrat vor, die Spielregeln zu ändern. Dabei geht es um die Frage, wie viel Radioaktivität bei einem Erdbeben entweichen würde. – Seite 5

Eishockey SCB verliert, Biel schlägt Tigers

Der SC Bern unterliegt Lausanne 3:5. Biel beendet Langnau's Siegesserie und gewinnt 3:1. Den Tigers entgehen wichtige Punkte im Strichkampf. – Seite 15

Zweismimmen Schneegg erzürnt SVP-Freunde

Gesundheitsdirektor Schnegg könnte sich anstelle eines Spitals Zweismimmen auch eins in Saanen vorstellen. Das erzürnt SVP-Grossrat Knutti. – Seite 19

Polizeigesetz Undercover-Einsatz à la «Tatort»

Die Berner Polizei bekommt erweiterte Kompetenzen für verdeckte Ermittlungen und Observationen, so hat es der Grosse Rat beschlossen. – Seite 21

Meinung & Analyse

«Gegen die Volkverräter-Rhetorik der Republikaner kamen die Demokraten nicht an.»

Hubert Wetzler zum Plan der Demokraten, Trump in der Dreamer-Debatte eins auszuwischen. – Seite 8

Simon Wälti zu den Staatsabbau-Rezepten der Libertären. – Seite 8

Service

Meinungen/Leserbriefe – 8

Börse – 10

Wetter – 22

Berner Kultur – 26

Kinoprogramm – 28

Todesanzeigen/Danksagungen – 30

Fernsehen & Radio – 31

Stadt Bern konkurrenziert private Unternehmen

Städtische Fachstelle führt Beschaffungen im Auftrag anderer Gemeinden durch.

Bernhard Ott, Sophie Reinhardt

Die beratenden Ingenieurunternehmen in der Region Bern haben Konkurrenz von staatlicher Seite erhalten: Die Stadt-berner Fachstelle Beschaffungswesen führt seit fünf Jahren Ausschreibungsverfahren für Dritte durch. So wurden etwa für das an der Urne gescheiterte Tram Region Bern Ausschreibungen publiziert, Offertöffnungsprotokolle erstellt und Beschaffungsanträge vorbereitet. Dies bestätigt der Berner Gemeinderat Michael Aebersold (SP) auf Anfrage. Entsprechende Dienstleistungen wurden aber auch für die Sporthallen Weissenstein AG ausgeführt, einem gemeinsamen Unternehmen der Gemeinden

Bern und Köniz. Aufträge für Dritte führt die Fachstelle aber nicht nur im Ingenieurwesen durch. So übertrug etwa die Stadt Thun die Ausschreibung des Caterings für die Tagesschulen den Kollegen aus Bern. Und die Nachbargemeinde Wohlen erteilte den Stadtbernern die Aufträge zur Beschaffung neuer Fahrzeuge für die Wehrdienste.

Für FDP-Stadtrat Christoph Zimmerli geht das zu weit: «Das ist ein noch gravierenderer Eingriff in den Markt als die Konkurrenzierung Privater durch das staatseigene Energieunternehmen EWB.» Bereits die Expansion von EWB in den Markt für Haustechnik durch die Übernahme kleinerer Firmen sei «systemfremd». Dies gelte erst recht, wenn

eine Behörde wie die Fachstelle Beschaffungswesen Dienstleistungen anbiete. «Das geht noch einen Schritt weiter», sagt Zimmerli. Behörden sollten sich auf ihre hoheitliche Aufgabe beschränken.

Die Berner Regionalgruppe der Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen Usic will nun beim zuständigen Berner Gemeinderat Michael Aebersold (SP) vorstellig werden. Sie kritisieren, dass die Berner Fachstelle Beschaffungswesen mit Unterstützung öffentlicher Gelder in Konkurrenz zu Berner Ingenieurbüros trete. «Die Usic lehnt deshalb die Übernahme von Beschaffungsaufträgen durch die städtische Fachstelle ab», sagt Mario Marti, Geschäftsführer der Usic. – Seite 17

So anders und doch so gleich



«Touchdown»: So heisst die Ausstellung im Zentrum Paul Klee mit und über Menschen mit Down-Syndrom. Es ist eine Pioniertat: Die künstlerische und kulturhistorische Spurensuche versammelt Exponate aus Archäologie, Geschichte, Medizin, Film und Kunst. (klb) – Seite 25

Und jetzt nach dem Schneefall? Geht nun alles den Bach runter?

Im Katastrophenjahr 1999 folgte auf den Jahrhundertschnee ein Jahrhunderthochwasser. Angesichts der extremen Schneemenge, die derzeit in den Bergen liegt, stellt sich deshalb die bange Frage: Muss erneut mit verheerenden Hochwassern gerechnet werden? An der Universität Bern haben Hydrologen in den letzten Jahren genau diese Frage unter-

sucht. Das Fazit, das ein bisschen Trost spendet: Extrem viel Schnee hat nicht zwangsläufig extreme Hochwasser zur Folge. Die grosse Niederschlagsmenge hat zu zahlreichen Erdrutschen und Schlammlawinen geführt. So war zum Beispiel der Strassenverkehr zwischen dem Tessin und dem Kanton Uri unterbrochen. (db/sda) – Seiten 7, 18 und 24

Bundesamt bewilligt Südanflug in Belp

Flugzeuge sollen künftig von Süden her im Belpmoos landen dürfen. Dies hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) gestern bewilligt. Die Flughafenverantwortlichen rechnen aber nicht damit, dass die vielen Kritiker, so etwa Vertreter der Kleinaviatik und Lärmgegner, ihren Widerstand aufgeben werden. Es dürfte darum der Gang durch die Gerichtsinstanzen folgen. (mdü) – Seite 17

Zusätzliche Nutzung der Velobrücke

Die Idee einer Hochbrücke zwischen Viererfeld und Wyler hat die Debatte zur umstrittenen Velobrücke in Nordbern neu entfacht. Tiefbaudirektorin Ursula Wyss hat sich nun mit einer Kompromisslösung gemeldet: Eine zusätzliche Nutzung durch Shuttle-Busse könne die Brücke mehrheitsfähiger machen. Doch von diesem Vorschlag lassen sich nur Velofreunde überzeugen. (mck) – Seite 18

Heute mit «Stellenmarkt»
Seite 23

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch
Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11 Fax 031 330 36 86 Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@derbund.ch Abonnement Tel. 0844 385 144 (Lokalтариф), Mail: abo@derbund.ch



Bern



Umstrittene Velobrücke
Ursula Wyss würde auch Shuttle-Busse darauf fahren lassen. 18

Ingenieure üben Kritik an der Stadt Bern

Die Fachstelle Beschaffungswesen der Stadt Bern arbeitet auch im Auftragsverhältnis für Dritte. Die Ingenieur-Vereinigung wirft der Stadt die Konkurrenzierung Privater vor. Der Gemeinderat will die Verwaltung aber nicht auf die Erfüllung öffentlicher Aufgaben beschränken.

Bernhard Ott, Sophie Reinhardt

Die Fachstelle Beschaffungswesen der Stadt Bern mit sieben Mitarbeitenden berät die Stadt bei allen Fragen zum Beschaffungswesen – aber eben nicht nur. «Wir beraten auch andere Gemeinden. Ausserdem übernehmen wir Beschaffungsprozesse im Auftragsverhältnis», heisst es auf der Website. Das passt nicht allen: Mit ihren Diensten konkurrenzieren die Fachstelle mit Unterstützung öffentlicher Gelder private Planungsbüros, heisst es bei der Schweizerischen Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen (Usic). Die Vereinigung will deshalb mit einem Schreiben beim zuständigen Berner Gemeinderat Michael Aebersold (SP) vorstellig werden. «Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, Leistungen zu erbringen, die auch unsere Mitglieder anbieten», sagt Mario Marti, Geschäftsführer der Usic. Er frage sich, ob die Fachstelle nicht vielleicht zu viele Mitarbeitende habe, wenn diese auch noch die Planungsarbeit für andere Gemeinden erledigten.

«Kein Handlungsbedarf»

Die Konkurrenzierung privater Firmen durch die Stadtverwaltung ist auch Gegenstand einer Motion von Christoph Zimmerli (FDP), die morgen im Stadtrat traktandiert ist. Sie verlangt vom Gemeinderat eine Aufstellung sämtlicher Leistungen, welche die Stadt für Dritte erbringt, und die Beschränkung der Verwaltungstätigkeit auf die «Erfüllung zwingender öffentlicher Aufgaben». Anlass für den vor gut zwei Jahren eingereichten Vorstoss war die Expansion des stadt-eigenen Unternehmens Energie Wasser Bern (EWB). Dieses drang mittels Übernahme kleinerer Firmen in den Haustechnik- und Sanitärbereich vor.

Der Gemeinderat sieht jedoch «keinen grundlegenden Handlungsbedarf» und beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Eine Beschränkung der Verwaltungstätigkeit auf «zwingende öffentliche Aufgaben» lehnt er ab. Es müsse im Einzelfall geprüft werden, ob eine Leistung durch die Stadt oder durch Private zu erbringen sei. In solchen Einzelfällen könne es «bei einer Gesamtbetrachtung»



Köniz bezahlte der Berner Fachstelle die Planungskosten für die Sporthalle Weissenstein. Foto: Manu Friederich (Archiv)

sogar sinnvoll sein, Aufgaben durch die Verwaltung selber und nicht durch Private ausführen zu lassen, hält der Gemeinderat fest. Für Motionär Zimmerli ist die Antwort «enttäuschend». In einer freien Marktwirtschaft wie der Schweiz solle sich der Staat auf die Festlegung von Rahmenbedingungen beschränken. «Die Wirtschaft aber ist Sache der Privaten.» Bereits der Eingriff eines staats-eigenen Betriebs in den Markt sei «systemfremd». Erst recht gelte dies für die Fachstelle Beschaffungswesen. «Das geht noch einen Schritt weiter. Eine Behörde sollte primär hoheitliche Aufgaben erfüllen», sagt Zimmerli. Wenn sie für andere Gemeinden Schulungen anbiete und Dienstleistungsaufträge übernehme, würden damit schleichend Fakten ge-

schaffen. «Dann wäre es gescheiter, den Kanton gleich neu zu strukturieren», sagt Zimmerli.

Bei der Stadt versucht man, den Ball flach zu halten. «Es gibt keine Gründe, kleineren Gemeinden das grosse Fachwissen der Stadt in Sachen Beschaffungswesen vorzuenthalten», sagt Gemeinderat Aebersold. Er bestätigt aber, dass die Unterstützung der Stadt in einigen Fällen über Beratungen oder Schulungen hinausgeht: So hat die Fachstelle zum Beispiel Mandate zur Unterstützung der Bauherrschaften von Tram Region Bern oder der Sporthalle Weissenstein übernommen (siehe Kasten rechts). Michael Aebersold betont indes, dass solche Aufträge nur «auf Anfrage» durchgeführt würden.

Beratung Jährliche Einnahmen

Folgende Aufträge führte die Berner Fachstelle für Beschaffungswesen seit 2013 für Dritte aus – in Klammern die Einnahmen. Allein für die Planung des Projekts Tram Region Bern verrechnete die Fachstelle Leistungen im Wert von 27 000 Franken.

- 2016: Stadt Thun Beschaffungsverfahren Catering Tagesschule/Gemeinde Wohlen Beschaffungsverfahren Schlauchlegefahrzeug (1111 Franken)
- 2015: Tram Region Bern (880 Franken)
- 2014: Sporthalle Weissenstein/Tram Region Bern (32 052 Franken)
- 2013: Sporthalle Weissenstein/Gemeinde Wohlen Beschaffungsverfahren Tanklöschfahrzeug (5968 Franken) (sie)

Minuspunkte für Offerten

Preis ist wichtiger als Qualität

Die Stadtberner Fachstelle Beschaffungswesen steht noch wegen einer weiteren Praxis in der Kritik: Sie «bestraft» teure Offerten auf Ausschreibungen mit Minuspunkten. «Eine solche Benotung ist völlig unsinnig», sagt Mario Marti, Geschäftsführer von Usic Schweiz. Dadurch werde die Gewichtung des Preises im Verhältnis zu den Qualitätskriterien verfälscht. «Der Preis wird noch stärker gewichtet als gewünscht», sagt Marti. Bei der Vergabe «intellektueller Dienstleistungen» sollten aber die Qualitätsaspekte im Vordergrund stehen, sagt Marti. Usic-Bern-Geschäftsführerin Lea Kusano spricht gar von einer «Geiz-ist-geil-Politik», die finanziell «nicht nachhaltig» sei. Die Stadtberner Fachstelle Beschaffungswesen steht mit dieser Praxis in der Schweiz offenbar einsam da. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren (KBOB) die Vergabe von Minuspunkten als «nicht zielführend» bezeichnet. Dadurch bekomme der Preis ein «ungewollt hohes Gewicht», heisst es im Leitfaden der KBOB zur Beschaffung von Planerleistungen.

Gemeinderat Michael Abersold (SP) verteidigt die Vergabe von Minuspunkten. Sie werde durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts gestützt. Zudem diene sie der gerechten Beurteilung der «manchmal sehr grossen, oft nicht vorhersehbaren Preisdifferenzen zwischen den eingereichten Angeboten», hält Aebersold fest. Pikanterweise zählt aber auch der einstige Berner Stadtgenieur Hans Peter Wyss zu den Kritikern der Praxis. Die Folgen seien ein «erzwungener Minimalismus in Leistung und Qualität» auf Anbieterseite, sagt er in einem noch nicht publizierten Interview des Usic-Verbands. «Ich bezahle lieber ein anständiges Planungshonorar als später aus dem Ruder laufende Unterhalts- und Sanierungskosten», sagt Wyss. (bob)

Der Südanflug rückt näher, ist aber trotzdem noch in weiter Ferne

Der Bund hat die Pläne für den neuen Südanflug zum Flughafen Bern-Belp bewilligt. Entscheiden werden am Ende aber wohl die Gerichte.

Adrian M. Moser

Seit Jahren kämpft der Flughafen Bern-Belp für seinen Südanflug, und genau so lange kämpfen Hunderte von Einzelpersonen, Organisationen und Gemeinden dagegen. Jetzt hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) das neue, satellitengestützte Anflugverfahren bewilligt. Wird dieser Entscheid rechtskräftig, steht dem Südanflug nichts mehr im Weg. Doch so weit ist es noch nicht.

300 Einsprachen abgewiesen

Flughafen-CEO Mathias Gantenbein ist zufrieden mit dem Entscheid. Er spricht aber lediglich von einem «wichtigen Zwischenschritt». Mit anderen Worten: Gantenbein geht davon aus, dass der Entscheid an das Bundesverwaltungsgericht und später womöglich auch ans Bundesgericht weitergezogen wird.

Rund 300 Einsprachen gingen gegen die Pläne ein. Unter den Einsprechern waren über 200 Einzelpersonen, 31 Gemeinden, Aviatikgruppen, Sportverbände und Umweltorganisationen. Es ist unwahrscheinlich, dass sie sich jetzt alle geschlagen geben werden. Um zu verstehen, weshalb sich so verschiedene Inte-

ressengruppen gegen den Südanflug wehren, muss man genauer wissen, wozu es geht: Bis jetzt gibt es für die Start- und Landebahn im Belpmoos nur von Norden her ein instrumentenbasiertes Anflugverfahren. Die Anflugroute führt über die Stadt Bern und Muri. Wenn die Windverhältnisse eine Landung aus dieser Richtung nicht zulassen, müssen die Piloten trotzdem so anfliegen. Über der

Stadt drehen sie dann aber ab, umfliegen den Flughafen und landen von Süden her (siehe Karte). Das alles muss im Sichtflug geschehen und ist deshalb nur möglich, wenn das Wetter es zulässt.

Mit dem Südanflug entfielen dieses «Circling». Stattdessen würden die Flugzeuge via Emmental oder Schwarzenburgerland den Flughafen erreichen. Die Flughafenbetreiber gehen davon aus,

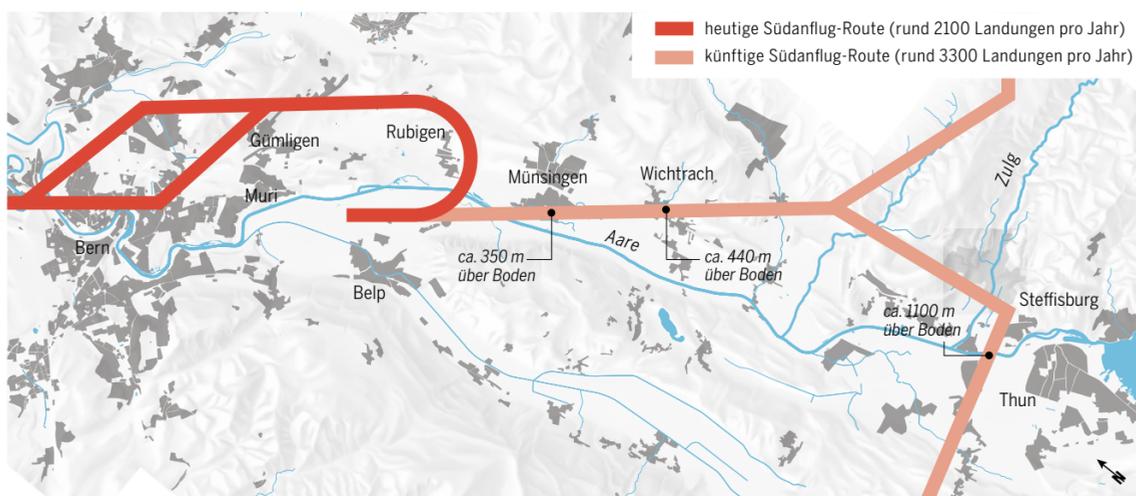
dass maximal 3300 Flugzeuge pro Jahr von Süden her anfliegen werden, also durchschnittlich 8 bis 10 pro Tag. Die übrigen der maximal 11 700 instrumentenbasierten Landungen pro Jahr sollen weiterhin von Norden her erfolgen.

Die Gemeinden unter den geplanten Anflugrouten fürchten den zusätzlichen Lärm. Unter den Kritikern des Südanflugs befinden sich aber auch Sport- und

Aviatikverbände wie der Schweizerische Hängegleiterverband. Sie wären von neuen Einschränkungen im Luftraum betroffen. So hat etwa Karl Stucki vom Deltateam Falkenfluh in Brenzikofen schon 2014 gesagt: «Wird das neue Regime wie geplant umgesetzt, können wir den Laden dichtmachen.»

Die Anfragen bei Gemeinden und Verbänden haben gestern alle dasselbe ergeben: Die Verfügung des Bazl wird jetzt analysiert, weitere Schritte werden geprüft. «Ich kann noch nicht sagen, ob wir die Bewilligung anfechten werden», sagt etwa Hansruedi Blatti, der Gemeindepräsident von Wichtrach. Seine Gemeinde sei nicht grundsätzlich gegen den Südanflug. Er befürchte aber, dass Gemeinden im Norden wie Bern und Muri mit politischem Druck erreichen könnten, dass dereinst mehr als die heute geplanten 3300 Anflüge über das Aaretal geleitet werden.

Aaretal als Einflugkorridor: Leichte Entlastung in der Region Bern, mehr Lärm für Münsingen



Bund-Grafik/Quelle: Flughafen Bern

«Flexible Lösung» für Deltasegler?

«Wir werden jetzt prüfen, ob wir vor Bundesverwaltungsgericht gehen», sagt Christian Markoff vom Hängegleiterverband. Für den Fall, dass der Südanflug definitiv kommen sollte, hofft er auf eine «flexible Lösung». Eine solche könnte laut Markoff zum Beispiel darin bestehen, dass der für den Südanflug benötigte Luftraum für Deltasegler und Gleitschirme nur gesperrt wird, wenn er auch wirklich gebraucht wird. Ähnliche Lösungen gibt es auch bei anderen Flughäfen – etwa in Basel oder Zürich.